

## Gewerkschaftspolitik in der Krise

---

Dr. Otto Kreye, geb. 1936 in Waren/Müritz (Mecklenburg), ist Mitarbeiter und Mitglied des Vorstands des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e. V.; zusammen mit Volker Fröbel und Jürgen Heinrichs zahlreiche Veröffentlichungen zur Weltwirtschaft.

### Lange Wellen der Konjunktur

1926 erschien in der Tübinger Zeitschrift *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* die Abhandlung „Die langen Wellen der Konjunktur“, deren Autor N.D. Kondratieff argumentierte, daß in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht nur kurze Zyklen von durchschnittlich 3 1/2 Jahren Länge oder mittlere Zyklen von 7-11 Jahren Länge zu beobachten seien, sondern eben auch lange Wellen der Konjunktur, jeweils eine Zeitspanne von ungefähr 50 Jahren umfassend. Kondratieff konnte auf drei lange Wellen seit Ende des 18. Jahrhunderts mit jeweils einer Anstiegs- und Abstiegsphase verweisen. Die Anstiegsphase der ersten langen Welle dauerte „vom Ende der 80er oder vom Anfang der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts bis 1810-1817.“ Der Abstieg begann 1810-1817 und dauerte bis 1844-1851. Die Anstiegsphase der zweiten langen Welle begann 1844-1851 und endete 1870-1875, gefolgt von einer Abstiegsphase von 1870-1875 bis 1890-1896. Die Anstiegsphase der dritten langen Welle begann 1890-1896 und dauerte bis 1914-1920, wiederum abgelöst von einer Abstiegsphase, die - so Kondratieff 1926 - in den Jahren 1914-1920 begann.<sup>1</sup>

Das Phänomen Kondratieffscher (langer) Wellen in der Konjunktur war zeitweilig Gegenstand intensiver wirtschaftswissenschaftlicher Diskussion, die vor dem Krieg vor allem von Joseph A. Schumpeter beeinflusst worden war und die später von Ernest Mandel wiederaufgenommen worden ist, an der in jüngerer Zeit in den USA vor allem Andre Gunder Frank, David M. Gordon und Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein, und in der Bundesrepublik u.a. Hans H. Glismann, Horst Rodemer und Frank Wolter vom Institut für

---

<sup>1</sup> N.D. Kondratieff. Die langen Wellen der Konjunktur. In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 56, Heft 3, 1926.

Weltwirtschaft Kiel beteiligt waren.<sup>2</sup> Das Vorhandensein langer Wellen der Konjunktur in der bisherigen Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft wurde und wird in dieser Diskussion fast ausnahmslos bejaht. Kontrovers werden die Ursachen ihres Entstehens beurteilt.

Verbesserte und neue Datenreihen machen ihr Vorhandensein empirisch zumindest plausibel. Dennoch fand und findet die Kondratieffsche Beobachtung langer Wellen in der Entwicklung der Weltwirtschaft kaum Beachtung in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Das gilt auch für die gegenwärtige Krisendiskussion.

Um so mehr besteht jedoch heute, am Beginn der achtziger Jahre, Anlaß, die Tatsache langer Wellen der Konjunktur in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft gerade auch für die gewerkschaftliche wirtschaftspolitische Diskussion wieder in Erinnerung zu rufen. Heute weiß man, daß die in der Untersuchung von Kondratieff angegebene letzte Abstiegsphase, die 1914-1920 ihren Anfang nahm, bis 1945-1950 dauerte. Nicht nur die Jahre der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 waren Jahre der Depression, sondern die gesamte Periode 1914-1945, die den 1. und den 2. Weltkrieg einschließt, war weltweit eine Periode der Rezession, der Stagnation und der Depression. Dieser Abstiegsphase folgten zweieinhalb Jahrzehnte eines historisch unvergleichlichen und, wie es schien, ungebrochenen Anstiegs der Weltwirtschaft von 1945-1950 bis 1968-1975. Diese Phase ist Ende der siebziger Jahre endgültig zu Ende gegangen. Folgt man der Kondratieffschen These, „daß die langen Wellen Ursachen entspringen, die im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft liegen“, so gibt es Grund zu der Annahme, daß die tiefe und anhaltende Krise, die die derzeitige Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft kennzeichnet, und - mitgefangen, mitgehungen - mehr als nur marginal die Entwicklung in einer Reihe von sozialistischen Ländern beeinflußt, nicht oder nicht nur die Depressionsphase eines kurzen oder mittleren Konjunkturzyklus ist, sondern - schlimmer - den Beginn - oder zugleich auch den Beginn - einer langjährigen Abstiegsphase markiert.

---

<sup>2</sup> Joseph A. Schumpeter, *Business Cycles. A Theoretical, Historical, and Statistical Analysis of the Capitalist Process*. Vol. 1, 2, New York 1939;  
 Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung*. Frankfurt am Main 1972;  
 Andre Gunder Frank, *World Accumulation 1492-1789*. London, New York 1978; ders., *Crisis: In the World Economy*. New York, London 1980;  
 David M. Gordon, *Stages of Accumulation and Long Economic Cycles*. In: Terence K. Hopkins, Immanuel Wallerstein (eds.), *Processes of the world System*. Beverly Hills, London 1980; Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein, *World-Systems Analysis*, Beverly Hills, London, New Delhi 1982;  
 Hans H. Glismann, Horst Rodemer und Frank Wolter, *Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse langer Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung*. Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 55, Juni 1978; und von denselben Autoren, *Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums. Replik und Weiterführung*. Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 74, Dezember 1980.

Die Krise ist nicht die Katastrophe. Dies gilt auch für die gegenwärtige Krise, obwohl ihre Auswirkungen für viele Menschen in vielen Teilen der Welt schon nahezu katastrophale Ausmaße angenommen haben. Die Krise ist die Zeit der Entscheidung. Vor allem von den Organisationen der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften, wird es abhängen, ob in der gegenwärtigen Krise Entscheidungen gefunden, getroffen und durchgesetzt werden, die verhindern, daß die Krise in einer langen Phase des „Abstiegs“ mündet. In einem Leitartikel „Why the recession may last till 1996“ („Warum die Rezession bis 1996 dauern könnte“) der Londoner Financial Times vom 8. 9. 1982 findet sich folgende Prognose:

„Die gegenwärtige lange Abschwungphase hat - wie alle anderen im 20. Jahrhundert - ihre eigenen Merkmale ... Meine Vermutung geht dahin, daß die gegenwärtige lange Welle auslaufen wird, wenn sich die Mikro-Chip-Revolution mit allen ihren Konsequenzen durchgesetzt haben wird. Für die Gesellschaft wird es dann billiger sein, gebündelte elektronische Impulse über Leitungen zu senden, als Menschenmassen über Straßen zu befördern. Es gibt alle möglichen reizvollen Vorstellungen ... Irgendwann in der Mitte der neunziger Jahre werden Unternehmen feststellen, daß sie sehr viel mehr Geld verdienen als vorher und sie werden sich stark expandierenden Mächten gegenübersehen - die Unternehmen, die überlebt haben. Regierungen werden in den nächsten 15 Jahren Versprechungen machen, die sie nicht werden halten können und für die sie dann bestraft werden. Es ist eindeutig, daß überhaupt keine Regierung irgendeine Vorstellung hat, wie man aus der gegenwärtigen „Stagflation“ herauskommen kann ... Einstweilen ist es klug, einfachen Lösungen zu mißtrauen - woher sie auch kommen mögen. Wir werden sehr lange warten müssen, bis sich eine Erholung einstellt.“<sup>3</sup>

Die Gewerkschaften können und werden es sich nicht leisten, solchen Langzeitprognosen („... irgendwann in der Mitte der neunziger Jahre ...“) und solchen trügerischen Hoffnungen („... die Mikro-Chip-Revolution ...“) Glauben zu schenken. Es geht darum, jetzt Lösungen für die dringenden Menschheitsprobleme von Arbeitslosigkeit und Entfremdung, von Hunger und Elend, von Krieg und Frieden, vom unwürdigen Zusammenleben der Menschen und Völker und vom pfleglichen Umgang mit der Natur zu finden und durchzusetzen.

### Ursachen und Tendenzen der Krise

Die wichtigsten Indikatoren der Krise - gesunkene gesamtwirtschaftliche Profitraten, Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisse,

---

<sup>3</sup> Financial Times v. 8. 9. 1982: Jonathan Steinberg, Why the recession may last till 1996 (deutsche Übersetzung).

Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Kapazitätsauslastung, Rückgang der Investitionen, Strukturkrisen ganzer Branchen, Leistungsbilanzdefizite und hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten - wie sie in fast allen westlichen Industrieländern zu verzeichnen sind (auch in Japan) - sind zu bekannt, als daß es nötig wäre, an dieser Stelle für diese Indikatoren im einzelnen Zahlen abzugeben. In vielen Entwicklungsländern kommen zu diesen Erscheinungsformen der Krise eine ungeheure Verschuldung und, damit verbunden, weiter verschärftes Massenelend und weiter verschärfte internationale Abhängigkeit hinzu. Einige Länder stehen vor dem wirtschaftlichen Bankrott; ihre politische und soziale Existenz ist schlechthin in Frage gestellt.

Die Krise ist weder durch die drastische Erhöhung der Preise für Rohöl in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ausgelöst worden, noch ist sie eine Folge der sogenannten japanischen Exportoffensive. Sie ist schließlich auch nicht das Ergebnis unzureichender oder verfehlter Wirtschaftspolitik. Diese Faktoren mögen in der einen oder anderen Weise das Entstehen der Krise beschleunigt oder verzögert haben. Ursächlich für die Krise sind sie nicht. Wir haben unsere Analyse der Entstehung der gegenwärtigen globalen ökonomischen Krise an anderer Stelle vorgelegt.<sup>4</sup> Sie sei hier kurz rekapituliert, weil sich aus der Kenntnis der Ursachen der Krise und ihrer Wirkungen Tendenzen der weiteren Entwicklung abgeben lassen.

Der Schlüssel zum Verständnis der Ursachen der Krise ist in einer Analyse der Bedingungen des Funktionierens des „Wachstums- und Partnerschaftsmodells“ der Nachkriegszeit, also der „Anstiegsphase“ 1945-1950 bis 1968-1975, und der Grenzen dieses Modells zu finden.

Entscheidend für das langjährige Funktionieren dieses Modells war die Durchsetzung produktivitätsorientierter Lohnsteigerungen in den westlichen Industrieländern. Sie sorgten dafür, daß die Massenkaukraft und damit die Nachfrage in einem „ausgewogenen“ Verhältnis zu steigenden Gewinnen und Investitionen und entsprechend zum Produktionswachstum zunahm. Scheinbar paradox erzeugte aber der Erfolg dieses Modells zugleich die Bedingungen seines Scheiterns. Relativ hohe Löhne in den westlichen Industrieländern als Ergebnis langjähriger produktivitätsorientierter Lohnsteigerungen und relative Vollbeschäftigung in diesen Ländern als Ergebnis langjährigen raschen Wirtschaftswachstums und die Sicherung sonstiger lohnabhängiger oder lohnbezogener sozialer Leistungen (Wohlfahrtsstaat) führten schließlich dazu,

---

<sup>4</sup> Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye, Wege aus der Wirtschaftskrise? In: Klaus Michael Meyer-Abich (Hg.), Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für Carl Friedrich von Weizsäcker zum 70. Geburtstag. München 1982, S. 145-167.

daß die gesamtwirtschaftlich „ausreichende“ Profitrate in den westlichen Industrieländern bedroht war.

In den Entwicklungsländern waren im gleichen Zeitraum kaum Erhöhungen der durchschnittlichen Löhne und war schon gar nicht eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gewesen. Die daher stark angewachsenen Differenzen zwischen den durchschnittlichen Löhnen in Industrie- und Entwicklungsländern und die ungleiche Situation auf den jeweiligen Arbeitsmärkten bedrohten im Zusammenwirken mit anderen Faktoren, darunter insbesondere die Verfügbarkeit neuer Transport-, Kommunikations-, Organisations- und Fertigungstechnologien, auch die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion an den traditionellen Standorten in den Industrieländern.

Die Unternehmen reagierten auf den drohenden und zeitweilig tatsächlichen Rückgang der durchschnittlichen Profitrate und auf die bedrohte internationale Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Produktion in dreifacher Weise: durch Investitionszurückhaltung, durch Rationalisierung und durch Verlagerung.

Von der „Investitionslücke“ war seit Anfang der siebziger Jahre die Rede; abnehmende Investitionsraten in den westlichen Industrieländern sind schon seit Ende der sechziger Jahre zu verzeichnen. Verlagerungen von Teilen der Produktion von den traditionellen Standorten in den westlichen Industrieländern an neue Standorte in Entwicklungsländern und auch in westlichen Industrieländern, an denen niedrigere Löhne und unbeschäftigte Arbeitskräfte zu finden waren (z.B. Südstaaten der USA, Schottland, Irland, Griechenland, Portugal), und später auch an Standorte billiger und disziplinierter Arbeitskraft in sozialistischen Ländern (z.B. Ungarn, China) setzten, zunächst fast unbemerkt und zunächst in einigen Branchen, gleichfalls schon Ende der sechziger Jahre ein. „Rationalisierungswellen“ sind in einem bisher nicht gekannten Ausmaß seit Mitte der siebziger Jahre in so gut wie allen industriellen Branchen (und darüber hinaus im Dienstleistungssektor) auf der Tagesordnung. Rationalisierungsinvestitionen, die allerdings häufig auch mit Kapazitätszuwächsen verbunden sind, machen in den westlichen Industrieländern seit einigen Jahren den überwiegenden Teil der überhaupt stattfindenden Investitionen aus.

Die auch miteinander kombiniert einsetzbaren und eingesetzten Instrumente haben zunächst unmittelbar zur Freisetzung von Arbeitskräften (Freisetzung sowohl durch Verlagerung als auch durch Rationalisierung) in den westlichen Industrieländern geführt und, dadurch ausgelöst, einen Rückgang der Kaufkraft und damit der Nachfrage bewirkt, ohne daß dieser durch die zu-

sätzliche Beschäftigung an den neuen Standorten auch nur annähernd kompensiert worden wäre. Zugleich haben diese Mechanismen eine Multiplikatorwirkung. Der durch Verlagerungs- und Rationalisierungsschübe ausgelöste weltweite Rückgang der Nachfrage läßt das Wachstum der Produktion stagnieren oder schrumpfen, was bei gleichzeitig verschärfter internationaler Konkurrenz zu weiteren Verlagerungs-, Rationalisierungs- und Entlassungswellen und damit zu weiter steigender Arbeitslosigkeit und weiter sinkender Nachfrage führt.<sup>5</sup>

Ein Ende dieser Entwicklung zeichnet sich gegenwärtig nicht ab. Um so trügerischer wäre es, auf „Selbsteheilungskräfte“ des Marktes und auf eine Abschwächung der Krise zu hoffen. Prozeßinnovationen, Standortinnovationen und Produktstandardisierungen (Verlagerungen und Rationalisierungen) sind weiterhin die die Unternehmensstrategien kennzeichnenden Schlagworte. Solche Branchen, wie zum Beispiel die Textil- und Bekleidungsindustrie, die in den siebziger Jahren besonders drastisch die Zahl der Beschäftigten in den westlichen Industrieländern sowohl auf Grund von Produktionsverlagerungen als auch auf Grund von Rationalisierungen reduziert haben, kündigen nunmehr erneut massive Rationalisierungsschübe und erneut Entlassungswellen an. Andere Branchen, wie zum Beispiel die europäische Stahlindustrie, planen Produktionseinschränkungen, Kapazitätsabbau und gleichfalls drastische Reduzierungen der Belegschaften. Selbst aus den Industrien, die mit einer „Belebung der Konjunktur rechnen“ und ein „hohes Investitionsniveau“ aufrechterhalten wollen, wie zum Beispiel die bundesdeutsche Chemieindustrie, kommen Ankündigungen, daß dies mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung einhergehen werde. Schließlich lamentieren auch jene Branchen, die auf Grund der Verfügung über Spitztechnologien gern als besonders wettbewerbsfähig bezeichnet werden, wie zum Beispiel der Maschinenbau, der Flugzeugbau und Spezialschiffbau, elektronische Industrie und Energietechnik, über Stagnation, Überkapazitäten und unvermeidliche Belegschaftsreduzierungen.

Weitreichende Auswirkungen auf die Entwicklung und Verteilung der industriellen Produktion weltweit hat die wachsende Zahl von Kooperationsvereinbarungen, Produktionsverbunden und Fusionen auch der Großunternehmen, wie zum Beispiel in der Automobilindustrie und in der elektrotechnischen Industrie. Selbst die Giganten unter den Konzernen fusionieren oder treffen Vereinbarungen über transnationale Produktionsverbunde mit dem

---

<sup>5</sup> So ist zum Beispiel die Nachfrage nach dauerhaften und begrenzt haltbaren Konsumgütern in der Bundesrepublik Deutschland einer Statistik des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, zufolge 1981 real um 4,3% und 2,0%, 1982 um 4,0% und 4,9% zurückgegangen. Für 1983 wird ein weiterer Rückgang um 3,0% und 3,8% prognostiziert. Der reale Rückgang von 1981-1983 wird auf mehr als 10% eingeschätzt. (Vgl. G. Nerb, Konsum in Europa auf Sparflamme. In: Ifo-Schnelldienst, Heft 5, 1983, S. 6-9)

Ziel, in der Krise die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, die jeweiligen Marktanteile zu stabilisieren und die sonstigen konkurrierenden Unternehmen zu verdrängen. So haben Anfang 1983 die beiden größten Automobilkonzerne der Welt, die US-amerikanische General Motors Corporation und die japanische Toyota Motor Corporation Vereinbarungen über die Errichtung eines Gemeinschaftsunternehmens (in den USA) und, was wichtiger ist, über den Austausch von Fertigungstechnologien und Management-Techniken getroffen. Eine Ausschöpfung der sich aus solchen Kooperationen und Produktionsverbunden ergebenden Rationalisierungspotentiale - in der Kombination von Prozeß- und Standortinnovationen und Produktstandardisierungen - wird unmittelbar zur zusätzlichen Freisetzung von Beschäftigten in einem großen Ausmaß führen, sowohl bei den kooperierenden und fusionierenden Unternehmen als auch bei den sonstigen konkurrierenden Unternehmen, die ganz oder teilweise auf der Strecke bleiben.

Während die Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 - die „Große Depression“ dieses Jahrhunderts - im Kern eine Überakkumulationskrise war - die Profit- und Investitionsraten waren auf Grund der zurückbleibenden Nachfrage nicht aufrechtzuerhalten - droht sich die Krise am Ende der siebziger und am Beginn der achtziger Jahre von einer galoppierenden Verlagerungs- und Rationalisierungskrise zur „großen Regression“ dieses Jahrhunderts und zur größten Krise aller bisherigen Jahrhunderte kapitalistischer Entwicklung zu entwickeln.

#### Die Sackgassen der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik, wie sie von den westlichen Industrieländern gegenwärtig praktiziert wird, trägt entweder ein übriges dazu bei, die Krise zu verschärfen, was für die liberal-konservative Politik gilt, oder sie erweist sich als unwirksam, die Krise zu entschärfen, was für die verschiedenen Varianten sozialdemokratischer Lösungsvorschläge gilt.<sup>6</sup>

Das liberal-konservative Modell, welches gegenwärtig in den Vereinigten Staaten („Reagonomics“), in Großbritannien, in Japan, in der Bundesrepublik Deutschland und in einigen anderen westlichen Industrieländern praktiziert wird und in Ländern der Dritten Welt durch den Internationalen Währungsfonds exekutiert wird, ist in all diesen Ländern mittlerweile gescheitert, jedenfalls soweit Rhetorik - Investitionen und Arbeitsplätze - und Intention dieses Modells - Erhöhung der Profitrate - von vornherein überhaupt etwas miteinander zu tun hatten. Das liberal-konservative Modell zielt so gut wie aus-

---

<sup>6</sup> Vgl. Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye, a.a.O.

schließlich auf die Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen in der, zumindest deklarierten, Annahme, daß wachsende Gewinne zusätzliche Investitionen auslösen würden, was schließlich auch zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen müßte. Die propagierten und aktivierten Mittel dieser Wirtschaftspolitik sind vor allem „Lohnpausen“ und Lohnkürzungen und Senkung der Unternehmenssteuern und nicht zuletzt - so jedenfalls in den Vereinigten Staaten und Großbritannien - Schwächung der Gewerkschaften.

*Einen* Erfolg hat liberal-konservative Wirtschaftspolitik durchaus zu verzeichnen. Die Ertragslage zahlreicher Unternehmen in den westlichen Industrieländern hat sich in den Jahren 1981 und 1982 zum Teil rapide verbessert. Allerdings ist in diesen beiden Jahren auch ein Rekord an Insolvenzen und Unternehmenskonkursen in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten zu verzeichnen gewesen, was zumindest teilweise auch als ein Ergebnis dieser Politik zu werten ist.

Nicht nur amerikanische und bundesdeutsche Großbanken haben 1982 Rekordergebnisse erzielt, sondern selbst Großunternehmen von sonst krisengeschüttelten Branchen haben wachsende und zum Teil Rekordgewinne zu verzeichnen („Amerika: Das Jahr 1982 brachte vor allem den Großbanken gute Gewinne.“ - „Das zu Ende gehende Jahr 1982 wird für die drei deutschen Großbanken im laufenden Geschäft ein Spitzenjahr werden.“ - „General Motors mit 963 Millionen Dollar Gewinn.“ - „General Electric überraschte mit einem Gewinnplus von 10 Prozent auf 1,82 Milliarden Dollar.“ - „Siemens strotzt nur so vor Liquidität.“) Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berichtet für die Bundesrepublik Deutschland eine Verbesserung der Unternehmensgewinne im Jahr 1982 um 6 Prozent. Im gleichen Jahr ist die Lohnquote nicht unerheblich, nämlich von 65,5 Prozent auf 64,8 Prozent, zurückgegangen.<sup>7</sup>

Dennoch zeichnet sich auch nicht im Ansatz eine Investitionsbelebung ab, in der Bundesrepublik ebensowenig wie in den anderen westlichen Industrieländern, in denen das liberal-konservative Wirtschaftsmodell praktiziert wird. Das ist allerdings kaum verwunderlich. Da liberal-konservative Wirtschaftspolitik vor allem auch eine Stagnation oder einen Rückgang der Masseneinkommen bewirkt hat, fehlt die Nachfrage, die die investive Verwendung der Gewinne stimulieren könnte. Der Leitsatz der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik „supply creates demand“ („Angebot schafft Nachfrage“) erweist sich einmal mehr als falsch.

---

<sup>7</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1982/83. Stuttgart und Mainz 1982, S. 68.



Die sonstigen Ergebnisse liberal-konservativer Politik sind enorm angewachsene Arbeitslosigkeit, hohe Einkommensausfälle in den öffentlichen Haushalten und entsprechend ein weiterer Rückgang der Nachfrage, kurz: Verschärfung der Krise.

Auch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat die Krise und ihre Verschärfung nicht verhindern können. Sozialdemokratische Lösungsvorschläge zur Milderung der Krise sind, soweit sie praktiziert werden, wie gegenwärtig in Frankreich, in Österreich und in Schweden, mehr oder weniger wirkungslos, oder sie haben sich von vornherein als nicht durchsetzbar erwiesen. Sozialdemokratische Politik hat sich bisher im großen und ganzen darauf beschränkt, mit marktwirtschaftlichen Mitteln Investitionen anzuregen und Arbeitsplätze zu schaffen. Anders als im liberal-konservativen Modell soll dies vor allem durch öffentliche oder öffentlich angeregte Stärkung der inländischen Nachfrage und durch öffentliche Förderung von Investitionen in modernen Industrien erreicht werden.

Das Dilemma solcher Politik ist, daß marktwirtschaftliche Instrumente nationaler Wirtschaftspolitik in einem international-integrierten ökonomischen System, welches die kapitalistische Weltwirtschaft nun einmal ist, nicht oder nicht notwendig wirken. Alle Appelle für eine international koordinierte Wirtschaftspolitik - „Globaler Keynesianismus"/„Weltweite Zusammenarbeit" - sowie alle „Wirtschaftsgipfel" haben nichts daran zu ändern vermocht. So muß zum Beispiel der Versuch, inländische Produktion durch inländische Nachfragesteigerung anzuregen, dann wirkungslos bleiben, wenn diese Nachfrage im Rahmen transnationaler Organisation der Produktion auch von inländischen Unternehmen nur von ausländischen Produktionsstätten bedient wird, weil Kalkulation und Rentabilität dies erfordern.

Ein weiteres Dilemma sozialdemokratischer Politik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten besteht darin, daß solche Politik unter den Bedingungen oligopolistischer und monopolistischer Marktstrukturen, wie sie heute vorherrschend sind, von vornherein weitgehend ohnmächtig ist. So muß zum Beispiel der Versuch, das Produktionswachstum durch Nachfragesteigerung anzuregen, dann wirkungslos bleiben, wenn Unternehmen aufgrund monopolistischer Marktstrukturen in der Lage sind, auf Nachfragesteigerungen schlicht mit Preiserhöhungen zu reagieren.

Es bedarf keiner prognostischer Fähigkeiten, um in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation am Anfang des Jahres 1983 vorauszusagen, daß die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern und in den Entwicklungsländern, solange es nicht zu einer grundlegenden Änderung der Wirtschafts-

litik kommt, weiter ansteigen wird. Gegenwärtig beträgt die amtlich angegebene Arbeitslosenrate in den westlichen Industrieländern im Durchschnitt schon mehr als 10 Prozent. Dabei geben die amtlichen Zahlen das wahre Ausmaß der tatsächlichen Arbeitslosigkeit auch nicht annähernd an.<sup>8</sup>

Das Fiasko liberal-konservativer Wirtschaftspolitik und die Erfolglosigkeit sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, welche den Ruf, so wäre zu erwarten gewesen, nach einer vernünftigen und realistischen alternativen Wirtschaftspolitik verstärkt hätten erschallen lassen müssen, haben stattdessen Verfechter eines noch extremeren Kurses liberal-konservativer Politik auf den Plan gerufen. Sie plädieren dafür, die Gunst der Stunde, nämlich die Krise, zu nutzen, um endlich den sozialen Wohlfahrtsstaat in den westlichen Industrieländern mit seinen rechtlichen und sozialen Sicherheiten für die Masse der Arbeitnehmer zu beseitigen, um an seine Stelle den Klassenstaat aus der Frühzeit des Kapitalismus, der weder arbeitsrechtlichen noch sozialrechtlichen Schutz kennt, treten zu lassen.

In der Bundesrepublik Deutschland meint der frühere Chef der Westdeutschen Landesbank und jetzige Grundig-Berater Ludwig Poullain, die These vom Recht auf Arbeit, wie sie von Gewerkschaften und Sozialdemokraten formuliert worden sei, müsse abgelöst werden von einer neuen Beurteilung der Arbeitslosigkeit. Sie müsse als ein Faktum, mit dem man leben müsse, gesehen werden. Für die Arbeitslosen hält Poullain den Vorschlag einer Anpassung des sozialen Netzes an die veränderten Umstände, sprich: eine Kürzung der Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen, parat.<sup>9</sup> Ralf Dahrendorf lamentiert darüber, daß es schwer fällt, „aus dem Gegensatz zwischen der Verteidigung eines brutalen Kapitalismus von gestern und der Verteidigung eines humanen Sozialstaates von heute herauszukommen.“<sup>10</sup> Ein „Kronberger Kreis“ zur Verteidigung der Marktwirtschaft, dem „sechs führende deutsche Nationalökonom“ (Süddeutsche Zeitung) angehören, vertritt in einem Aufruf die These, daß Kapitalmangel, eingeschränkte Vertragsfreiheit bei Arbeitsrecht und Mieten, eine auf Verschwendung, Ausbeutung und Unvernunft angelegte Sozialversicherung, sowie die Unwirtschaftlichkeiten der Staatstätigkeit, die deutsche Wirtschaft zunehmend anfälliger für krisenhafte Erscheinungen machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, marktwirtschaftliche Reformen

---

8 Vgl. Jürgen Heinrichs, Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in Industrieländern. Starnberger Studien 4. Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Frankfurt am Main 1980, S. 169-201.

9 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 3. 11. 1982: Poullain sieht Arbeitslosigkeit in neuem Licht.

10 Vgl. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Der Ausbau des Sozialstaates und das Dilemma des Staatshaushalts — ein internationales Problem. Protokoll Nr. 68, 1981, S. 9.

des Steuer-, Versicherungs- und Vertragssystems vorzunehmen.<sup>11</sup> Herbert Giersch, der Leiter des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, verkündet einmal mehr die These, daß Arbeitsplätze verloren gingen, weil die Löhne real nach unten zu wenig nachgeben würden. Während bei expandierenden Märkten die Armen von der Nähe der Reichen profitierten, hätten die Armen in der Egalität weit weniger Zukunft. Wenn man dem Rad des tragemachenden Wohlfahrtsstaats überhaupt noch in die Speichen greifen wolle, bevor es in den Abgrund rollt, dann über eine geistige Revolution.<sup>12</sup> Zur „geistigen Revolution“ scheint offensichtlich auch die Errichtung von Freien Produktionszonen („Zonen freier Wirtschaftstätigkeit“) in der Bundesrepublik zu gehören, die Giersch neuerdings propagiert.

Diese und ähnliche Stimmen machen deutlich, daß es liberal-konservativer Politik in der Krise nicht mehr um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geht. Beseitigt werden Errungenschaften des sozialen Wohlfahrtsstaates in den westlichen Industrieländern, die die Gewerkschaften in den ersten Nachkriegsjahren, während des Funktionierens des Wachstums- und Partnerschaftsmodells dieser Periode, erkämpft haben. Sollte den Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland diese Drohung nicht bewußt sein, so mag sie ein Blick ins Handelsblatt eines Besseren belehren.

„Die Gewerkschaften sehen es nun allerdings als eine Zumutung und eine Herausforderung an, wenn soziale Errungenschaften, für die sie Jahrzehnte gekämpft haben, unter dem Schlagwort 'Flexibilisierung der Arbeits- und sozialen Rechtsbeziehungen' abgebaut werden sollen. Dies geht an den Lebensnerv der Gewerkschaften. Aber sie haben keine andere Wahl, als eigene Tabus zu brechen. Die wachsende Zahl von Arbeitslosen schwächt ihre Organisationskraft weit mehr als eine sozial verantwortliche Rücknahme übersteigerten, nicht mehr finanzierbarer Ansprüche.“<sup>13</sup>

Was tun?

Zweifellos gelingt es den Gewerkschaften in den westlichen Industrieländern in der Krise bisher nicht, mit den traditionellen Forderungen und erprobten Mitteln der Nachkriegszeit, also der Periode des Wachstums- und Partnerschaftsmodells, das Erreichte zu bewahren und seinen Abbau zu verhindern. Die Arbeitslosigkeit nimmt ständig zu, die Arbeitsbedingungen haben sich für die Masse der Arbeitnehmer zum Teil schon erheblich verschlechtert, die De

11 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 3. 12. 1982: Die deutsche Wirtschaft ist verkalkt.

12 Vgl. Handelsblatt v. 1.2. 1982: Der Ausbruch aus der Stagnation ist nur durch eine neue Wirtschafts- und Unternehmenspolitik möglich.

13 Vgl. Handelsblatt v. 22. 12. 1982: Rainer Nahrendorf, Arbeit gibt es genug.

montage des sozialen Wohlfahrtsstaats ist schon weit vorangeschritten. Es müssen also neue Inhalte und Instrumente einer vernünftigen und realistischen Wirtschaftspolitik in der Krise angegeben werden und zu gewerkschaftlichen Forderungen erhoben werden, die die traditionellen Forderungen und Strategien nicht ersetzen, sondern ergänzen und im Zusammenwirken geeignet sein könnten, aus der Krise herauszuführen und das grundlegende Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit durchzusetzen.

Warum werden gewerkschaftliche Errungenschaften in der Krise so rasch bedroht und beschnitten? An unzureichender Produktivität und an ungenügender Kapitalausstattung kann es nicht liegen, wie landauf landab behauptet wird. In den westlichen Industrieländern mangelt es weder an einem hohen Niveau der Produktivität noch an freier Produktionskapazität, noch an Kapital, als daß aus diesem Grunde die Bewahrung des Niveaus des sozialen Leistungssystems in Frage gestellt sein müßte.

Vielleicht ist es hilfreich, sich einen analogen Vorgang der Bedrohung und des Scheiterns sozialer Reformen in einem anderen historischen, sozioökonomischen und geographischen Zusammenhang vorzuführen.

Das Beispiel vieler lateinamerikanischer Bauernbewegungen lehrt, daß auch zunächst weitreichende Aktionen zur Verbesserung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen, nämlich die Inbesitznahme von Land, über kurz oder lang wieder gefährdet sein oder rückgängig gemacht werden können, wenn es lediglich bei den Aktionen bleibt und die sonstigen gesellschaftlichen Strukturen, die solche Veränderungen gefährden, unbeachtet und unverändert bleiben. So hat es in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern Lateinamerikas immer wieder Aktionen landloser Bauern gegeben, die nicht genutztes Land von Großgrundbesitzern, für welches die Bauern allerdings zum Teil jahrhundertealte verbriefte Rechte hatten, in Besitz genommen haben. Zunächst hatten sich ihre unmittelbaren Lebensumstände damit schlagartig verbessert. Die Bauern konnten auf dem Land, was sie in Beschlag genommen hatten, das, was sie zum Leben brauchten, nunmehr selbst produzieren. Eine Bestätigung der Landbesitzrechte und darüber hinaus eine Veränderung der sonstigen politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen schien nicht mehr nötig zu sein, was zum Ergebnis hatte, daß sie in der Regel vor Ablauf eines Jahres von dem Land durch inländische und ausländische Großgrundbesitzer, die die staatliche Macht weiterhin ungeschmälert kontrollierten und für sich mobilisierten, wieder verjagt waren.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Eric J. Hobsbawm, Peasant Land Occupations. In: Past and Present, Nr. 62, Februar 1974, S. 120-152.

Es scheint, daß in den westlichen Ländern den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften eine ähnliche Erfahrung zumindest droht. In den Jahren der Prosperität ist eine weitreichende Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht worden, die nun wieder in Frage gestellt ist. Die grundlegenden Strukturen der Marktwirtschaft sind in der Periode des Wachstums- und Partnerschaftsmodells von den Gewerkschaften für nicht veränderungsbedürftig gehalten worden. Die Erhaltung dieser Strukturen ist stattdessen gerade auch von den Gewerkschaften mit Klauen und Zähnen verteidigt worden, in der Annahme, daß in der sozialen Marktwirtschaft auf Dauer die sozialen Errungenschaften gesichert seien. Nun zeigt sich jedoch, daß die Eigendynamik der sozialen Marktwirtschaft, eben weil die grundlegenden Strukturen der Marktwirtschaft unverändert geblieben sind und Kapitalverwertung der Motor der Entwicklung geblieben ist, in die Krise geführt hat, in der die erreichten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen massiv bedroht sind.

Eine vernünftige und realistische Wirtschaftspolitik hat auch in der Krise von den gegebenen Strukturen der Marktwirtschaft, nämlich der kapitalistischen Weltwirtschaft, auszugehen. Sie hat aber zugleich die jeweils gegebenen nationalen politischen Strukturen, wie die des globalen politischen Systems zu sehen. Anders als es die undemokratischen politischen Strukturen in der historischen Situation des vorangestellten Beispiels erlaubten, können jedoch die demokratischen Strukturen des politischen Systems der westlichen Industrieländer gegen die Auswirkungen der undemokratischen Strukturen des ökonomischen Systems der Marktwirtschaft mobilisiert werden. Es gilt, die demokratischen Strukturen des politischen Systems der westlichen Industrieländer für die Durchsetzung neuer Inhalte und für die Anwendung neuer Instrumente einer vernünftigen und realistischen Wirtschaftspolitik zu nutzen. Wenn die Marktwirtschaft aus sich selbst heraus keine Vollbeschäftigung hervorbringt, und wenn staatliche Politik mit marktwirtschaftlichen Mitteln nicht in der Lage ist, für Vollbeschäftigung zu sorgen, dann hat ein demokratischer Staat selbst Arbeitsplätze zu schaffen bis Vollbeschäftigung erreicht ist. Dies ist eine legitime Forderung in einem demokratischen politischen System, und es gibt keinen Grund, warum Gewerkschaften nicht versuchen sollten, sie unter Einsatz aller denkbaren demokratischen Mittel durchzusetzen.

Insofern ist das Gegenteil von dem zu tun, was liberal-konservative Politik empfiehlt. Nicht Lohn verzieht, nicht der Verzicht auf soziale Rechte und nicht die Hinnahme von Arbeitslosigkeit sind das Gebot der Stunde. Im Gegenteil, die Forderung nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit, nach dem weiteren Ausbau des Sozialstaates und nach einer weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Masse der Arbeitnehmer sind mit dem Hinweis auf neue Inhalte und neue Instrumente der Wirtschaftspolitik verstärkt zu erheben und mit demokratischen Mitteln durchzusetzen.

Die Forderung nach einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, die Forderung nach staatlichen Finanzierungsprogrammen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die Errichtung eines zweiten Arbeitsmarktes, wie sie von Hans-Jürgen Krupp vorgeschlagen wird, können, obwohl durchaus wichtig, auf diesem Weg allerdings nur als erste Schritte angesehen werden.

Die Herausgeber der amerikanischen Zeitschrift *Monthly Review*, Paul M. Sweezy und Harry Magdoff, haben in diesen Tagen darauf verwiesen, daß es erfolgreiche staatliche Politik der unmittelbaren Schaffung von Arbeitsplätzen durch staatliche Projekte durchaus schon gegeben hat.<sup>15</sup> Das in den Vereinigten Staaten von Präsident Roosevelt in der New Deal Ära 1933 ins Leben gerufene Programm „Works Progress Administration“ (WPA), ausgestattet mit Mitteln von fünf Milliarden US-Dollar (eine in der damaligen Zeit ungeheure Summe) stellt ein solches Beispiel dar. Während der Laufzeit dieses Programms bis Ende der dreißiger Jahre wurde eine große Zahl von Projekten initiiert, um Arbeitsplätze für Arbeitsuchende weitgehend dort zu schaffen, wo sie lebten, und weitgehend unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Qualifikationen, Erfahrungen und Interessen.

Auch in der jetzigen Krise ist es ein Gebot vernünftiger und realistischer Politik zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern, staatliche Finanzierungsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die sich bisher kaum als wirksam erwiesen haben, durch unmittelbare staatliche Beschäftigungsprogramme, nach dem Vorbild des WPA-Programms von Präsident Roosevelt, zu ersetzen oder zu ergänzen. Die finanziellen Mittel, in der Höhe eines Mehrfachen der bisher genannten Summen, könnten durchaus mobilisiert werden. Staatlicher Finanzierung ist angesichts der ungeheuren Leistungsfähigkeit und Produktivität der westlichen Industrieländer so gut wie keine Grenzen gesetzt. Es geht darum, die entsprechenden Instrumente staatlicher Finanz- und Kreditpolitik zu entwickeln. Die Gewerkschaften und ihre Einrichtungen wären hervorragende Träger für die Initiierung von Projekten. Es könnten Projekte nicht nur zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sein, sondern Projekte, die zugleich auch zur Lösung der dringenden Menschheitsprobleme von Hunger und Elend, von Krieg und Frieden, vom unwürdigen Zusammenleben der Menschen und Völker und vom pfleglichen Umgang mit der Natur beitragen könnten.

---

<sup>15</sup> Vgl. Paul M. Sweezy, Harry Magdoff, Review of the Month: The Responsibility of the Left. In: *Monthly Review*, Jg. 34, Heft 7, Dezember 1982, S. 1-9.